

Professor Peter Bußjäger ist der Föderalismus-Experte schlechthin. Im Interview spricht er über Gemeindefusionen und die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform.

DAS GROSSE Interview

Herr Bußjäger, der Großteil der Vorarlberger Bevölkerung könnte sich mit Gemeindezusammenlegungen arrangieren. Dabei galt das Thema nicht unbedingt als Mehrheitsfähig. Sind Sie vom Ergebnis überrascht?

Grundsätzlich habe ich schon damit gerechnet, dass viele Vorarlberger Gemeindefusionen gegenüber aufgeschlossen sind – dass allerdings die Mehrheit dafür ist, überrascht mich schon ein wenig. Ist allerdings erst einmal die eigene Gemeinde davon betroffen, sieht's mit der Zustimmung schon ganz anders aus.

Sehen Sie in Vorarlberg überhaupt Potenzial für Zusammenlegungen?

Blickt man auf die vergangenen Gemeindezusammenlegungen in ganz Europa, ergibt sich ein sehr zwiespältiges Bild – die wirtschaftliche Bilanz ist nicht gerade berauschend. Und würde man etwa Düns und Dünserberg zusammenlegen, wäre die neue Einheit immer noch zu klein, um effizient zu sein. Weit sinnvoller wären Kooperationen auf Regionsebene, bis hin zu einer gemeinsamen Verwaltung.

Im Rheintal ist die Situation eine andere als in den Kleingemeinden der Peripherie. Die Region ist zersiedelt, wächst immer mehr zusammen, Gemeindegrenzen verschwimmen. Braucht's da nicht Zusammenlegungen?

Der Bludenzer Verfassungs- und Verwaltungsjurist Peter Bußjäger (54) leitet das Institut für Föderalismus der Universität Innsbruck. Dort beschäftigt er sich mit Fragen der Verwaltung und der effizienten Gestaltung einer solchen.



Fotos: Jürgen Radspieler

Gibt es Potenzial für Einsparungen?

Definitiv notwendig ist eine stärkere Verbindlichkeit in der interkommunalen Zusammenarbeit – diesbezüglich ist auch das Land gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen – und auch vorzugeben. Und es stellt sich die Frage, ob nicht die Bildung eines multifunktionalen Verbandes – so wie etwa der Stand Montafon einer ist – sinnvoll wäre.

Ein Instrument, das die Zusammenarbeit zumindest indirekt fördern würde, wäre ein interkommunaler Finanzausgleich. Ein solcher würde dazu führen, dass die Gemeinden nicht nur in erster Linie auf ihren eigenen Vorteil schauen müssten. Doch ob-

wohl ein solcher Finanzausgleich seit Jahren von verschiedenen Seiten gefordert wird, ist er bis dato noch nicht umgesetzt. Warum?

Das ist ein österreichweites Problem, der Bund müsste erst die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Allerdings sind die Gemeinden auch selbst schuld: Würden sie gemeinsam für einen interkommunalen Finanzausgleich kämpfen, wäre dieser wahrscheinlich schon umgesetzt.

Welches Zeugnis würden Sie denn der Vorarlberger Verwaltung generell geben? Ist sie effizient oder gibt es nach wie vor Reformbedarf?

Der Reformprozess der vergangenen Jahre war

durchaus erfolgreich, im Vergleich zu anderen Regionen sind wir sehr gut aufgestellt. Aber ein bisschen mehr geht natürlich immer!

Schlussfrage: Ist die Kleinteiligkeit Vorarlbergs ein struktureller Vorteil oder ein Nachteil?

Beides. Kleinteilige Organisationsformen haben den großen Vorteil, dass sie flexibel und schnell auf Veränderungen reagieren können – der Wandel vom Textil-land Vorarlberg zum Technologieland ist das beste Beispiel dafür. Andererseits fehlen uns in gewissen Bereichen schlicht die Kapazitäten. Aber generell glaube ich, dass Flexibilität die Größe schlägt!